



GENERALDIREKTION INTERNE POLITIKBEREICHE

**FACHABTEILUNG A: WIRTSCHAFTS- UND
WISSENSCHAFTSPOLITIK**

WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG

Grenzüberschreitende Sachverhalte des Wertpapierrechts: Europäische Bemühungen um einen kohärenten Rechtsrahmen für Wertpapiermärkte

THEMENPAPIER

Zusammenfassung

Im vorliegenden Themenpapier wird der rechtliche Hintergrund erläutert, der für das Verständnis des hoch komplizierten Bereichs der grenzüberschreitenden Sachverhalte des Wertpapierrechts zwischen Handels-, Insolvenz- und Eigentumsrecht im Hinblick auf Wertpapiere notwendig ist, die über Banken oder andere Intermediäre verwahrt werden. Darüber hinaus werden verwandte Rechtsvorschriften und internationale Initiativen in diesem Bereich beschrieben. Da es sich hierbei um stark zersplitterte Rechtsvorschriften handelt, erscheinen Wertpapierbesitz und -weitergabe sowie die Wahrnehmung der Anlegerrechte schwerfällig und manchmal rechtlich unklar. Abschließend werden die Hauptmechanismen der geplanten Rechtsvorschriften erläutert. Im gesamten Text werden zudem mehrere wichtige Sachverhalte erläutert, die in der Vergangenheit kontrovers diskutiert wurden.

IPA/ECON/NT/2011-09

MAI 2011

PE 464.416

DE

Dieses Dokument wurde vom Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments in Auftrag gegeben.

VERFASSER

Dr. Philipp PAECH
Fachbereich Rechtswissenschaft, The London School of Economics and Political Science

ZUSTÄNDIGE VERWALTUNGSRÄTIN

Doris KOLASSA
Fachabteilung Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik
Europäisches Parlament
B-1047 Brüssel
E-Mail: Poldep-Economy-Science@europarl.europa.eu

SPRACHFASSUNGEN

Original: EN
Zusammenfassung: DE/FR

ÜBER DEN HERAUSGEBER

Kontakt zur Fachabteilung oder Bestellung des Newsletters:
Poldep-Economy-Science@europarl.europa.eu

Redaktionsschluss: Mai 2011.
Brüssel, © Europäisches Parlament, 2011.

Dieses Dokument ist im Internet abrufbar unter:

HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Die hier vertretenen Auffassungen geben die Meinung der Verfasser wieder und entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments.

Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet, sofern der Herausgeber vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Kommission führte Anfang 2011 eine Konsultation zu den Einzelheiten einer geplanten Richtlinie im Bereich Wertpapierbesitz und -veräußerung sowie Verbesserung der Verfahren zur Wahrnehmung der Rechte, die für die Anleger mit dem Wertpapierbesitz verbunden sind, durch (siehe http://ec.europa.eu/internal_market/financial-markets/securities-law/index_en.htm#consultation2).

Die Initiative der Kommission knüpft an bereits geltendes EU-Recht an, insbesondere die Richtlinie 2002/47/EG über Finanzsicherheiten und die Richtlinie 98/26/EG über die Wirksamkeit von Abrechnungen in Zahlungs- sowie Wertpapierliefer- und -abrechnungssystemen, und ergänzt diese. Sie zielt darauf ab, die in diesem Bereich bestehende Rechtszersplitterung umfassend zu beheben, um Rechtssicherheit bei europaweiten Wertpapierbewegungen zu schaffen und für verbesserte Anlegerrechte zu sorgen. Da sich zwei internationale Übereinkommen (das Haager Wertpapierübereinkommen und das Genfer Wertpapierübereinkommen) mit diesem Bereich befassen, muss der europäische Gesetzgeber entscheiden, inwieweit der künftige europäische Rechtsrahmen mit internationalen Harmonisierungsbemühungen im Einklang stehen soll.

In diesem Themenpapier wird das rechtliche Hintergrundwissen vermittelt, das benötigt wird, um die hoch komplizierten grenzüberschreitenden Sachverhalte des Wertpapierrechts verständlich zu machen, die Aspekte des Handels-, Insolvenz- und Eigentumsrechts einschließen. Darüber hinaus werden verwandte Rechtsvorschriften und internationale Initiativen in diesem Bereich beschrieben. Abschließend werden die Hauptmechanismen der geplanten Rechtsvorschriften erläutert. Im gesamten Text werden zudem mehrere wichtige Sachverhalte erläutert, die in der Vergangenheit kontrovers diskutiert wurden.

WICHTIGSTE ERGEBNISSE

- Die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Besitz und die Veräußerung von Wertpapieren sowie zur Unterstützung von Anlegern bei der Wahrnehmung der mit dem Wertpapierbesitz verbundenen Rechte sind zersplittert. Der internationale Charakter der Wertpapiergeschäfte führt zu Situationen, in denen das Recht von mehr als einem Staat die Rechtslage des Wertpapierbesitzes beeinflussen kann. Dies ist eine Folge der uneinheitlichen Gesetzeslage und der weithin anerkannten kollisionsrechtlichen Grundsätze.
- Im Ergebnis der öffentlichen Konsultation über die geplante Richtlinie zum Wertpapierrecht wurde festgestellt, dass in diesem Bereich Handlungsbedarf besteht.
- Es ist unbestritten, dass in diesem Bereich Rechtsunsicherheit herrscht. Dennoch verteidigen die Mitgliedstaaten ihr jeweiliges, dem Besitz und der Veräußerung von Wertpapieren zugrundeliegendes nationales Konzept; daher sind Abweichungen von den ins Auge gefassten Lösungen möglich.